

Folgeprüfung

Bericht

Öffentlicher Personennahverkehr



LRH-100039/33-2009-HE

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31
Tel.: (+43 732) 7720-11426
Fax: (+43 732) 7720-214089
E-Mail: post@lrh-ooe.at
www.lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber:
Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31
Redaktion:
Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im November 2009

Der Kontrollausschuss des Oö. Landtages hat sich in seiner Sitzung am 25. September 2008 mit dem Bericht des Landesrechnungshofes über die Initiativprüfung Öffentlicher Personennahverkehr befasst (Zl. LRH-100039/9-2008-HE). Dabei hat der Kontrollausschuss festgestellt, dass nachstehend angeführte Kritikpunkte als Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge im Sinne des § 9 Abs. 2 des Oö. Landesrechnungshofgesetzes zu betrachten sind:

1. Festlegung konkreter Ziele mit steuerungsrelevanten Kennzahlen zur Überprüfung der Zielerreichung (siehe Berichtspunkt 3.2., Umsetzung ab sofort)
2. Politische Klarstellung des zukünftigen Stellenwerts des öffentlichen Personennahverkehrs im Gesamtverkehrsgefüge als Grundlage für dessen Weiterentwicklung (siehe Berichtspunkt 2.2., Umsetzung kurzfristig)
3. Stärkung der Rolle des Landes bei der Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Oö. (siehe Berichtspunkte 24.2., 25.2., 26.2., 27.2., Umsetzung ab sofort)
 - 3.1. Konsequente Durchführung der Qualitätskontrollen bei den bestellten Verkehrsdienstleistungen
 - 3.2. Verstärkte Ausübung von Kontroll- und Informationsrechten bei mitfinanzierten Infrastrukturprojekten (z.B. Straßenbahn Harter Plateau)
 - 3.3. Entwicklung einer umfassenden Strategie zur raschen Einführung des Wettbewerbs bei Leistungsbestellungen
 - 3.4. Erarbeitung einer Position zur Frage des Eigentums an Verkehrsinfrastruktur bzw. Verkehrsbetriebsmitteln
4. Evaluierung des Angebotes und der umgesetzten Konzepte und dementsprechend konsequente Adaptierung (siehe Berichtspunkte 11.2., 16.2., 17.2., 18.2., 20.2., Umsetzung ab sofort)
 - 4.1. Grundlegende Überlegungen zur Gestaltung des Angebotes im Bereich der Lokalbahnstrecke Lambach / Haag („Haager Lies“)
5. Zur Verbesserung des Images des öffentlichen Personennahverkehrs Erarbeitung eines umfassenden Marketingkonzeptes (siehe Berichtspunkt 32.2., Umsetzung kurzfristig)
6. Verbesserung des Projektmanagements und der Informationsflüsse bei der Umsetzung von Regionalverkehrskonzepten (siehe Berichtspunkte 10.2., 12.2., Umsetzung kurzfristig)

7. Zur Vermeidung von Budgetengpässen Erstellung und laufende Adaptierung einer mehrjährigen, politisch akkordierten Budget- und Investitionsplanung (siehe Berichtspunkt 37.2., Umsetzung kurzfristig)
8. Evaluierung der Höchstbeitragsgrenzen im Oö. Verkehrsverbund-Kostenbeitragsgesetz 2000 sowie Evaluierung der Oö. Verkehrsverbund-Kostenbeitragsverordnung 2000 (siehe Berichtspunkt 38.2., Umsetzung kurzfristig)

Der LRH hat nunmehr in der Zeit vom 24. August 2009 bis 23. September 2009 in einer Folgeprüfung beurteilt, inwieweit die Beschlüsse des Kontrollausschusses umgesetzt worden sind.

Mit der Durchführung der Folgeprüfung war seitens des LRH Dr. Werner Heftberger betraut.

Folgender Empfehlung des Landesrechnungshofes hat sich der Kontrollausschuss nicht angeschlossen und war daher auch nicht Gegenstand der Folgeprüfung:

- Künftige Zusammenführung der Verkehrsagenden bei einem Mitglied der Oö. Landesregierung (siehe Berichtspunkt 7.2., Umsetzung mittelfristig)

Übersicht über die aufgrund des Beschlusses des Kontrollausschusses gesetzten Maßnahmen

	Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge aufgrund des Beschlusses des Kontrollausschusses	Referenz Bericht	Maßnahmen	Beurteilung der Umsetzung durch den LRH		Stellungnahme der Landesregierung	Anmerkungen des LRH
				vollständig umgesetzt	nicht umgesetzt		
1.	Festlegung konkreter Ziele mit steuerungsrelevanten Kennzahlen zur Überprüfung der Zielerreichung	siehe Berichtspunkt 3.2.	<p>Die Abteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr hat ein mit 28. Oktober 2009 datiertes Papier mit dem Titel „Zielsetzungen für den Öffentlichen Verkehr“ ausgearbeitet, das sich speziell mit möglichen Messkriterien, Indikatoren und Messmethoden auseinandersetzt.</p> <p>Auch in der Oö. Verkehrsverbund Organisationsgesellschaft m.b.H. Nfg. & Co KG gibt es Überlegungen, welche Ziele gesetzt und wie sie messbar gemacht werden könnten.</p>		Erste Schritte wurden gesetzt		Für den LRH war dem Papier über die Zielsetzungen nicht zu entnehmen, welche Ziele konkret festgelegt werden sollen. Die Messung einer Zielerreichung und das Setzen von Steuerungsmaßnahmen macht erst dann Sinn, wenn ausreichend konkrete Ziele definiert sind. Erst dann kann nach Ansicht des LRH festgelegt werden, was eigentlich in welcher Form und Intensität gemessen werden soll.

	Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge aufgrund des Beschlusses des Kontrollausschusses	Referenz Bericht	Maßnahmen	Beurteilung der Umsetzung durch den LRH		Stellungnahme der Landesregierung	Anmerkungen des LRH
				vollständig umgesetzt	nicht umgesetzt		
2.	Politische Klarstellung des zukünftigen Stellenwerts des öffentlichen Personennahverkehrs im Gesamtverkehrsgefüge als Grundlage für dessen Weiterentwicklung	siehe Berichtspunkt 2.2.	<p>Im Juni 2008 wurde von der Abteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr eine Gesprächsunterlage für ein Gespräch mit dem politischen Referenten verfasst, das in Umsetzung der Empfehlung erste Überlegungen beinhaltet, wie und mit welchen Inhalten eine Strategie für den Öffentlichen Verkehr in Oberösterreich erarbeitet werden kann.</p> <p>Der Verkehrsreferent hat auf dieses Papier bislang nicht reagiert.</p>		X	<p>Im zugehörigen Berichtspunkt (2.2) heißt es, dass das Land Oberösterreich auf Basis des Gesamtverkehrskonzeptes, allenfalls im Anschluss an einen qualifizierten öffentlichen Diskussionsprozess, eine grundsätzliche strategische Entscheidung fällen solle, welchen Stellenwert der öffentliche Personennahverkehr in Oberösterreich in Zukunft haben soll.</p> <p>Das Gesamtverkehrskonzept wurde im Jahr 2008 – also vor einem Jahr – nach einem qualifizierten öffentlichen Diskussionsprozess vom Oö. Landtag beschlossen. Es legt den Stellenwert des Öffentlichen Verkehrs im Gesamtverkehrsgefüge fest.</p> <p>Auch die weiterführenden Arbeiten sind im Detail im Gesamtverkehrskonzept festgelegt. Es sollten nun diese vorgesehenen weiterführenden Arbeiten durchgeführt werden, bevor ein neuerlicher, öffentlicher Diskussionsprozess über das Gesamtverkehrsgefüge begonnen wird. Angesichts der gegebenen budgetären Situation muss der Zeitplan der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen des Gesamtverkehrskonzeptes einer Prüfung unterzogen werden.</p>	Der LRH nimmt das Land im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs als Besteller und Zahler wahr. Für den LRH ist aber - trotz Vorliegens des Oö. Gesamtverkehrskonzeptes – nicht klar, welche Rolle das Land zukünftig einnehmen will und welche Aufgaben es selbst wahrnehmen und welche es dem Markt überlassen will. Klärt das Land Oö. diese Fragen nicht, besteht nach Ansicht des LRH die Gefahr, dass sich andere Gebietskörperschaften (insbes. der Bund) aus der Gestaltung und Finanzierung des Öffentlichen Personenverkehrs mehr und mehr zurückziehen und das Land ohne klare Perspektive seine bisherige Praxis des Bestellens und Zahlens einfach fortsetzt und gezwungenermaßen ausweitet.
3.	Stärkung der Rolle des Landes bei der Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Oö.	siehe Berichtspunkte 24.2., 25.2., 26.2., 27.2.					Die Rolle des Landes sollte im Rahmen einer Strategieentwicklung (Siehe Punkt 2) geklärt werden.

	Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge aufgrund des Beschlusses des Kontrollausschusses	Referenz Bericht	Maßnahmen	Beurteilung der Umsetzung durch den LRH			Stellungnahme der Landesregierung	Anmerkungen des LRH
				vollständig umgesetzt		nicht umgesetzt		
3.1.	Konsequente Durchführung der Qualitätskontrollen bei den bestellten Verkehrsdienstleistungen	siehe Berichtspunkt 26.2.	Die von den Verkehrsunternehmen zu liefernden Daten zu den Fahrgastzählungen wurden konsequenter eingefordert, sodass sich auch deren Qualität verbessert hat. Überdies wird derzeit an der Implementierung einer (vom Verkehrsunternehmen unabhängigen) automatischen Fahrgastzählung gearbeitet. Die (bereits eröffneten) Mobilitätszentralen in Perg, Steyr und Gmunden führen verstärkt Qualitätskontrollen durch.		In Umsetzung			
3.2.	Verstärkte Ausübung von Kontroll- und Informationsrechten bei mitfinanzierten Infrastrukturprojekten (z.B. Straßenbahn Harter Plateau)	siehe Berichtspunkt 24.2.	Ein Vertreter des Amtes der Oö. Landesregierung ist den Projektbesprechungen zugezogen. Das Amt der oö. Landesregierung erhält vierteljährlich schriftliche Projektberichte, welche die Grundlage für die Zahlungen des Landes bilden. Maßnahmen des externen kaufmännischen und technischen Controllings, die dem Land in Form der vierteljährlichen Projektberichte samt Zahlungsanforderung zur Kenntnis gelangen, werden von einer Person vorgenommen, die sowohl freiberuflich tätig als auch Mitarbeiter der Stadt Linz ist. Der Vertreter des politischen Referenten teilte mit, dass diese Person bis dato noch in keinem Auftragsverhältnis zur Linz AG gestanden ist und daher als unabhängig zu qualifizieren ist.		In Umsetzung			

	Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge aufgrund des Beschlusses des Kontrollausschusses	Referenz Bericht	Maßnahmen	Beurteilung der Umsetzung durch den LRH			Stellungnahme der Landesregierung	Anmerkungen des LRH
				vollständig umgesetzt		nicht umgesetzt		
3.3.	Entwicklung einer umfassenden Strategie zur raschen Einführung des Wettbewerbs bei Leistungsbestellungen	siehe Berichtspunkt 25.2.	<p>Im August 2009 wurde eine von der Oö. Verkehrsverbund Organisationsgesellschaft m.b.H. Nfg. & Co KG ausgearbeitete „Strategie für die Einführung von Wettbewerb im ÖPNRV in Oberösterreich“ fertig gestellt.</p> <p>Um den Einsatz öffentlicher Mittel bei der Bereitstellung von Verkehrsdiensten zu verbessern, hat die Abteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr einen Plan zur Linienbündelung ausgearbeitet und der Oö. Landesregierung zur Kenntnis gebracht.</p>		In Umsetzung			
3.4.	Erarbeitung einer Position zur Frage des Eigentums an Verkehrsinfrastruktur bzw. Verkehrsbetriebsmitteln	siehe Berichtspunkt 24.2.	Zu dieser Empfehlung gab es keine Aktivitäten. Der Vertreter der politischen Referenten teilte dazu allerdings mit, dass die Notwendigkeit einer Klärung und die Erarbeitung einer Position des Landes durchaus als notwendig angesehen wird, derzeit aber politisch nicht opportun erscheint.			X	Eine Klärung dieser Frage war gegen Ende der vergangenen Gesetzgebungsperiode des Oö. Landtages nicht möglich. Die neue Landesregierung wird sich mit dieser Frage zu befassen haben, wobei grundsätzlich abgesprochen ist, dass vom Ressort Öffentlicher Verkehr bis Mitte des Jahres 2010 eine Vorschlag vorgelegt wird.	
4.	Evaluierung des Angebotes und der umgesetzten Konzepte und dementsprechend konsequente Adaptierung	siehe Berichtspunkte 11.2., 16.2., 17.2., 18.2., 20.2.	<p>Bei der Oö. Verkehrsverbund Organisationsgesellschaft m.b.H. Nfg. & Co KG wurde begonnen, aus den Verkaufsdaten regionsspezifische Analysen zu erstellen.</p> <p>Die Regionalverkehrskonzepte und die Projekte als Gesamtes wurden jedoch nicht evaluiert.</p>		Teilweise in Umsetzung			

	Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge aufgrund des Beschlusses des Kontrollausschusses	Referenz Bericht	Maßnahmen	Beurteilung der Umsetzung durch den LRH		Stellungnahme der Landesregierung	Anmerkungen des LRH
				vollständig umgesetzt	nicht umgesetzt		
4.1.	Grundlegende Überlegungen zur Gestaltung des Angebotes im Bereich der Lokalbahnstrecke Lambach / Haag („Haager Lies“)	siehe Berichtspunkt 16.2.	Die Abteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr hat im Rahmen der Konzeption des Regionalverkehrskonzeptes Grieskirchen neben dem Schienenverkehr mit der „Haager Lies“ eine Bedienungsvariante mittels Busverkehr mitgeplant. Von Seiten des politischen Referenten gab es dazu aber eine grundsätzliche Ablehnung.		X	Seitens der ÖBB-Infrastruktur als Eigentümerin der Strecke der Lokalbahn Lambach-Haag wurde mit Schreiben vom 6.10.2009 mitgeteilt, dass das Betriebsübereinkommen mit der Fa. Stern & Hafferl nicht verlängert wird. Es muss daher kurzfristig ein Schienenersatzverkehr angeboten werden. Über die weitere Zukunft der Schienenstrecke wird vom Ressort Öffentlicher Verkehr bis Mitte des Jahres 2010 ein Vorschlag an die Landesregierung vorgelegt werden. Im Rahmen der Planungsarbeiten zum Regionalverkehrskonzept Grieskirchen wurde ein Fahrplanentwurf für einen Taktfahrplan im Bereich der betroffenen Gemeinden ausgearbeitet. Dieser Fahrplan kann mit Umsetzung des Regionalverkehrskonzeptes eingeführt werden.	
5.	Zur Verbesserung des Images des öffentlichen Personennahverkehrs Erarbeitung eines umfassenden Marketingkonzeptes	siehe Berichtspunkt 32.2.	Die Oö. Verkehrsverbund Organisationsgesellschaft m.b.H. Nfg. & Co KG hat unter Beiziehung externer Berater ein Marketing-Konzept erarbeitet, welches derzeit noch im Entwurfstadium vorliegt.		In Umsetzung		

	Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge aufgrund des Beschlusses des Kontrollausschusses	Referenz Bericht	Maßnahmen	Beurteilung der Umsetzung durch den LRH			Stellungnahme der Landesregierung	Anmerkungen des LRH
				vollständig umgesetzt		nicht umgesetzt		
6.	Verbesserung des Projektmanagements und der Informationsflüsse bei der Umsetzung von Regionalverkehrskonzepten	siehe Berichtspunkte 10.2., 12.2.	<p>Bei den laufenden Projekten wurden unter Zuhilfenahme entsprechender IT-Tools klarere Projektstrukturen aufgesetzt. Wie jedoch die betroffenen Personen übereinstimmend mitteilten, gibt es dabei noch weitere Optimierungspotenziale.</p> <p>Um die Schnittstelle zwischen der Abteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr und der Oö. Verkehrsverbund Organisationsgesellschaft m.b.H. Nfg. & Co KG zu verbessern und zu entflechten, gibt es auch (schriftlich zusammengefasste) Überlegungen, die Aufgabenverteilung in einigen Bereichen neu zu verteilen. Dazu war für Ende September 2009 ein gemeinsamer Workshop geplant, der jedoch vertagt wurde.</p> <p>Der Vertreter des politischen Referenten hielt eine grundsätzliche Bearbeitung, Klärung und punktuelle Neuregelung der Schnittstelle und der Kompetenzverteilung zwischen der Abteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr und der Oö. Verkehrsverbund Organisationsgesellschaft m.b.H. Nfg. & Co KG für wichtig und sollte seiner Meinung nach in naher Zukunft erfolgen.</p>		In Umsetzung			
7.	Zur Vermeidung von Budgetengpässen Erstellung und laufende Adaptierung einer mehrjährigen, politisch akkordierten Budget- und Investitionsplanung	siehe Berichtspunkt 37.2.	<p>Die Abteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr hat dem politischen Referenten am 1. Dezember 2008 eine Budgetplanung für den Zeitraum 2010 – 2015 vorgeschlagen, auf die der zuständige politische Referent bis zum Zeitpunkt der Folgeprüfung nicht reagiert hat.</p> <p>Diese Planung sollte nach Meinung des Vertreters des politischen Referenten nach entsprechender Aktualisierung Grundlage für die kommende Legislaturperiode sein.</p>		Teilweise umgesetzt			

	Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge aufgrund des Beschlusses des Kontrollausschusses	Referenz Bericht	Maßnahmen	Beurteilung der Umsetzung durch den LRH		Stellungnahme der Landesregierung	Anmerkungen des LRH
				vollständig umgesetzt	nicht umgesetzt		
8.	<p>Evaluierung der Höchstbeitragsgrenzen im Oö. Verkehrsverbund-Kostenbeitragsgesetz 2000 sowie Evaluierung der Oö. Verkehrsverbund-Kostenbeitragsverordnung 2000</p>	<p>siehe Berichtspunkt 38.2.</p>	<p>Eine (neuerliche) Evaluierung ist bis zum Zeitpunkt der Folgeprüfung nicht erfolgt. Nach Aussage des Vertreters des politischen Referenten gibt es aber die Entscheidung des zuständigen politischen Referenten, die Höchstbeitragsgrenzen im Oö. Verkehrsverbund-Kostenbeitragsgesetz 2000 nicht anzupassen sowie die Oö. Verkehrsverbund-Kostenbeitragsverordnung 2000 im bestehenden Zustand zu belassen.</p>		X	<p>Die Höchstbeitragsgrenzen wurden den Gemeinden und der Stadt Linz vom Land Oberösterreich garantiert und deshalb auch im Gesetz festgeschrieben. Die Struktur und Finanzierung des OÖVV läuft seit der Neuordnung problemlos und auch zur Zufriedenheit der Gemeinden. Im Zuge der Regionalen Verkehrskonzepte beteiligen sich die Gemeinden aktiv an der bedarfsgerechten Strukturierung des ÖV-Angebotes und leisten auch einen finanziellen Beitrag zur Erweiterung des Angebotes.</p> <p>Eine Klärung der Frage der Gemeindebeitragsleistungen zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs war gegen Ende der vergangenen Gesetzgebungsperiode des Oö. Landtages nicht möglich. Die neue Landesregierung wird sich mit dieser Frage zu befassen haben, wobei vom Ressort Öffentlicher Verkehr bis Mitte des Jahres 2010 ein Vorschlag unter Berücksichtigung aller Finanzierungsbeiträge der Städte und Gemeinden vorgelegt wird.</p>	<p>Der LRH wies darauf hin, dass damit ein nicht gesetzeskonformer Zustand fortgesetzt wird.</p>

Schlussbemerkungen:

Der vorliegende Bericht des LRH wurde mit Vertretern des Amtes der Oö. Landesregierung, der Oö. Verkehrsverbund Organisationsgesellschaft m.b.H. Nfg. & Co KG sowie einem Vertreter des politischen Referenten in der Schlussbesprechung am 5. Oktober 2009 ausführlich erörtert.

Da nicht zu allen vom Kontrollausschuss beschlossenen Beanstandungen Maßnahmen gesetzt bzw. den Verbesserungsvorschlägen vollständig nachgekommen wurde, war eine Stellungnahme der Oö. Landesregierung gem. § 9 Abs. 2 des Oö. Landesrechnungshofgesetzes erforderlich. Die Stellungnahme langte am 23. November 2009 ein.

Abschließend bedankt sich der LRH bei allen Auskunftspersonen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

2 Beilagen

Linz, am 30. November 2009

Dr. Helmut Brückner
Direktor des Oö. Landesrechnungshofes

Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Finanzen
4021 Linz • Landhausplatz 1

FinD-160314/13-2009-Schü/Bla

Oö. Landesrechnungshof; **Initiativprüfung
über den Öffentlichen Personennah-
verkehr; Folgeprüfung – Stellungnahme
der Oö. Landesregierung**

Geschäftszeichen:
FinD-160314/13-2009-Schü/Bla

Bearbeiter: Mag. Markus Schütz

3. November 2009



Amtsvortrag

Der Kontrollausschuss hat am 25. September 2008 gemäß § 4 Abs. 3 Z. 3a des Oö. LRHG eine Folgeprüfung über Feststellungen des Oö. Landesrechnungshofes betreffend die Initiativprüfung über den Öffentlichen Personennahverkehr beschlossen.

Bei dieser Folgeprüfung stellte der Oö. Landesrechnungshof fest, dass folgenden Verbesserungsvorschlägen, denen gemäß § 9 Abs. 2 Oö. LRHG nach Ansicht des Kontrollausschusses entsprochen werden sollte, nicht nachgekommen wurde:

- Politische Klarstellung des zukünftigen Stellenwerts des öffentlichen Personennahverkehrs im Gesamtverkehrsgefüge als Grundlage für dessen Weiterentwicklung (siehe Berichtspunkt 2.2; Umsetzung kurzfristig)
- Erarbeitung einer Position zur Frage des Eigentums an Verkehrsinfrastruktur bzw. Verkehrsbetriebsmitteln (siehe Berichtspunkt 24.2.; Umsetzung ab sofort)
- Grundlegende Überlegungen zur Gestaltung des Angebotes im Bereich der Lokalbahnstrecke Lambach / Haag ("Haager Lies") (siehe Berichtspunkt 16.2.; Umsetzung ab sofort)
- Evaluierung der Höchstbeitragsgrenzen im Oö. Verkehrsverbund-Kostenbeitragsgesetz 2000 sowie Evaluierung der Oö. Verkehrsverbund-Kostenbeitragsverordnung 2000 (siehe Berichtspunkt 38.2.; Umsetzung kurzfristig)

Gemäß § 9 Abs. 2 in Verbindung mit § 6 Abs. 5 des Oö. LRHG ist daher eine begründete Stellungnahme der Landesregierung erforderlich, die binnen sechs Wochen zu erstatten und dem Bericht über die Folgeprüfung anzuschließen ist.

Antrag

Die Oö. Landesregierung möge beschließen:

1. Der vorstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Stellungnahme der Oö. Landesregierung an den Oö. Landesrechnungshof wird in der Fassung der Beilage beschlossen.

Beilage

Stellungnahme d. Oö. Landesregierung

Linz, am

Vor Einbringung in
die Regierungssitzung:

Direktion Straßenbau
und Verkehr

Abteilung Gesamtverkehrsplanung
und öffentlicher Verkehr

iv. J. H. H. 4.11.09

je z.M.

Beschluß nach Antrag
Die Beurkundung durch den Vorsitzenden erfolgte auf dem entsprechenden (bzw. letzten) Sitzungsbogen des Mitglieds der Oö. Landesregierung; die Sitzungsbogen sind Bestandteil der Amtlichen Niederschrift über die heutige Sitzung.
Linz, am **23. Nov. 2009**
[Signature]
Schriftführer

<p>Vorsitzende bzw. Vorsitzender in der Regierungssitzung: Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer</p> <p style="text-align: center;">LH-Stv. Hiesl</p>
<p>Mitglied der Oö. Landesregierung: Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer</p> <p style="text-align: center;">LH-Stv. Hiesl</p> <p style="text-align: center;"><i>[Signature]</i> in Vertretung beantragt von</p>
<p>Abteilungsleiter: Landesfinanzdirektor Dr. Josef Krenner</p> <p style="text-align: center;"><i>[Signature]</i> 3.11.2009</p>
<p>Bearbeiterin bzw. Bearbeiter: Mag. Markus Schütz</p> <p style="text-align: center;"><i>[Signature]</i> 3.11.09</p>

Der LRH fordert eine politische Klarstellung des zukünftigen Stellenwertes des öffentlichen Personennahverkehrs im Gesamtverkehrsgefüge als Grundlage für dessen Weiterentwicklung.

Im zugehörigen Berichtspunkt (2.2.) heißt es, dass das Land Oberösterreich auf Basis des Gesamtverkehrskonzeptes, allenfalls im Anschluss an einen qualifizierten öffentlichen Diskussionsprozess, eine grundsätzliche strategische Entscheidung fällen solle, welchen Stellenwert der öffentliche Personennahverkehr in Oberösterreich in Zukunft haben soll.

Das Gesamtverkehrskonzept wurde im Jahr 2008 – also vor einem Jahr - nach einem qualifizierten öffentlichen Diskussionsprozess vom Oö. Landtag beschlossen. Es legt den Stellenwert des Öffentlichen Verkehrs im Gesamtverkehrsgefüge fest.

Auch die weiterführenden Arbeiten sind im Detail im Gesamtverkehrskonzept festgelegt. Es sollten nun diese vorgesehenen weiterführenden Arbeiten durchgeführt werden, bevor ein neuerlicher, öffentlicher Diskussionsprozess über das Gesamtverkehrsgefüge begonnen wird. Angesichts der gegebenen budgetären Situation muss der Zeitplan der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen des Gesamtverkehrskonzeptes einer Prüfung unterzogen werden.

Erarbeitung einer Position zur Frage des Eigentums an Verkehrsinfrastruktur bzw. Verkehrsbetriebsmitteln.

Eine Klärung dieser Frage war gegen Ende der vergangenen Gesetzgebungsperiode des Oö. Landtages nicht möglich. Die neue Landesregierung wird sich mit dieser Frage zu befassen haben, wobei grundsätzlich abgesprochen ist, dass vom Ressort Öffentlicher Verkehr bis Mitte des Jahres 2010 ein Vorschlag vorgelegt wird.

Grundlegende Überlegungen zur Gestaltung des Angebotes im Bereich der Lokalbahnstrecke Lambach/Haag ("Haager Lies").

Seitens der ÖBB-Infrastruktur als Eigentümerin der Strecke der Lokalbahn Lambach-Haag wurde mit Schreiben vom 6.10.2009 mitgeteilt, dass das Betriebsübereinkommen mit der Fa. Stern & Hafferl nicht verlängert wird. Es muss daher kurzfristig ein Schienenersatzverkehr angeboten werden. Über die weitere Zukunft der Schienenstrecke wird vom Ressort Öffentlicher Verkehr bis Mitte des Jahres 2010 ein Vorschlag an die Landesregierung vorgelegt werden.

Im Rahmen der Planungsarbeiten zum Regionalverkehrskonzept Grieskirchen wurde ein Fahrplänenwurf für einen Taktfahrplan im Bereich der betroffenen Gemeinden ausgearbeitet. Dieser Fahrplan kann mit Umsetzung des Regionalverkehrskonzeptes eingeführt werden.

Evaluierung der Höchstbeitragsgrenzen im OÖ. Verkehrsverbund-Kostenbeitragsgesetz 2000 sowie Evaluierung der OÖ. Verkehrsverbund-Kostenbeitragsverordnung 2000.

Die Höchstbeitragsgrenzen wurden den Gemeinden und der Stadt Linz vom Land Oberösterreich garantiert und deshalb auch im Gesetz festgeschrieben. Die Struktur und Finanzierung des OÖVV läuft seit der Neuordnung problemlos und auch zur Zufriedenheit der Gemeinden.

Im Zuge der Regionalen Verkehrskonzepte beteiligen sich die Gemeinden aktiv an der bedarfsgerechten Strukturierung des ÖV-Angebotes und leisten auch einen finanziellen Beitrag zur Erweiterung des Angebotes.

Eine Klärung der Frage der Gemeindebeitragsleistungen zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs war gegen Ende der vergangenen Gesetzgebungsperiode des Oö. Landtages nicht möglich. Die neue Landesregierung wird sich mit dieser Frage zu befassen haben, wobei vom Ressort Öffentlicher Verkehr bis Mitte des Jahres 2010 ein Vorschlag unter Berücksichtigung aller Finanzierungsbeiträge der Städte und Gemeinden vorgelegt wird.

AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über die Folgeprüfung betreffend Öffentlicher Personennahverkehr
Aktenzahl: LRH-100039/29-2009-HE
Ort und Datum: Oö. Landesrechnungshof, 4020 Linz, Promenade 31, am 5. Oktober 2009
Teilnehmerinnen und Teilnehmer: LBauDir. HR Dipl.Ing. Konrad Tinkler, Dipl. Ing. Herbert Kubasta, Mag. Johannes Knipp, *HR Dr. Leonhard Höfler*
Mitglieder des LRH: Dr. Werner Heftberger

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Folgeprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte inklusive der während der Schlussbesprechung vorgenommenen Änderungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet.

Die oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

K. Höfler
.....
J. Knipp
.....
H. Kubasta
.....
.....

Mitglieder des LRH:

W. Heftberger
.....
.....
.....
.....